



Raus aus Öl – Schluss mit den Privilegien der Ölkonzerne!

Ölkonzerne an die Leine: Grünen fordern verbindliche internationale Regeln

Die Ölkatastrophe vor der US-Küste stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Die ökologischen Schäden für die Flora und Fauna der Region sind unermesslich und werden die Ökosysteme auf lange Zeit, wenn nicht gar dauerhaft zerstören. Fischerei- und Tourismusindustrie in der gesamten Region stehen vor dem Aus. Außerdem besteht die Gefahr, dass durch den Golfstrom das ausgetretene Öl global verbreitet und überall Schäden verursachen wird. Diese Schäden sind so verheerend, dass sie in Geld nicht seriös messbar sind.

Ölförderung mit immer mehr Risiken und Folgeschäden

Unter dem Druck der steigenden Nachfrage und schwindenden Reserven drohen bei der weltweiten Ölförderung immer riskantere Förderpraktiken. Ob in der Arktis, der Nordsee und in immer tieferen Regionen des Golfes von Mexiko, genauso wie vor den Küsten Afrikas oder Brasiliens. Aber auch On-Shore, etwa in Regenwäldern Ecuadors oder Nigeria, bei der Förderung von Teer- und Ölsanden in Kanada verursacht die Gier nach den letzten Reserven immer schwerwiegender Folgeschäden.

Keine Investitionen in Sicherheitstechnik und Katastrophenpläne

Die entscheidende Frage, der sich die Erdölförderindustrie stellen muss, lautet: Warum wird eine riskante Technologie eingesetzt, ohne dass zuvor Maßnahmen und Techniken zur Beherrschung und Eindämmung von Störfällen oder Unfällen entwickelt wurden? Warum gibt es keine funktionierenden Notfall- und Katastrophenpläne? Es ist empörend, dass milliardenschwere Ölkonzerne, die zu den profitabelsten Unternehmen der Welt zählen, an der Sicherheit sparen.

Unfassbare Haftungsprivilegien

Derzeit sind die Haftungen bei Ölkatastrophen nach US-Recht mit 75 Mio. US-Dollar begrenzt. Ein US-Gesetzesvorschlag, wonach die Haftungsobergrenze auf 10 Mrd. US-Dollar erhöht werden sollte wurde im US-Senat mit den Stimmen der Konservativen abgelehnt. Der Öl-Gau im Golf wird laut Experten Schäden im Gesamtausmaß von weit mehr als 10 M Mrd. Dollar verursachen. Bis heute hat BP gerade einmal 122 Mio. US-Dollar an Schadenszahlungen überwiesen. Für Europa würde im Falle einer großen Öl-Katastrophen die Frage der Haftung völlig ungeklärt sein. Immerhin fördern die Anrainerstaaten der Nordsee an rund 300 Stellen Öl oder Gas. Experten halten auch hier eine Ölpest für denkbar. International geregelt wurde die Haftung bisher nur für den Schiffsverkehr. Diese Abkommen „gelten nicht für durch fest installierte Ölbohrplattformen verursachte Schäden“, stellt das deutsche Bundeswirtschaftsministerium in der Antwort auf eine [Anfrage der Grünen fest >>](#)

Ölkonzerne zur Verantwortung ziehen

BP als Verursacher der Katastrophe muss zur Verantwortung gezogen werden: sämtliche Schäden müssen beglichen werden. Dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein für einen Konzern, der in vergangenen Jahren immer wieder zweistellige Milliarden Gewinne gemacht hat. BP muss außerdem darlegen, wie eine Wiederholung solcher Katastrophe ausgeschlossen werden kann. Dafür muss weltweit die beste verfügbare Technik eingesetzt werden. Die Sicherheitsanforderungen müssen deutlich erhöht werden.

Milliardensubventionen für die Ölkonzerne

Im Jahr 2008 hat die Weltwirtschaft den Verbrauch fossiler Brennstoffe wie Öl, Gas oder Kohle mit insgesamt 557 Milliarden Euro gefördert, sagt die OECD unter Berufung auf eine Studie der Internationalen Energieagentur. Die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, sieht in den Subventionen für fossile Brennstoffe einen verschwenderischen Gebrauch von Steuergeldern, gerade vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Krisenzeiten. Außerdem, so die OECD, unterlaufen die Förderungen für Erdöl, Erdgas oder Kohle den Kampf gegen den Klimawandel. Gäbe es keine Subventionen für fossile Brennstoffe mehr, könnte man bis zum Jahr 2020 den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase um sieben Prozent und den globalen Energiebedarf um sechs Prozent reduzieren, sagt die OECD (Quelle: Ö1).

Verbindliche Regeln für Ölförderung

Es braucht international verbindliche Regeln für die Ölförderung und strikte

Kriterien für die Einfuhr nach Europa. Die Fördermethoden müssen strengen ökologischen und sozialen Kriterien genügen. Tiefseebohrungen müssen generell verboten werden. Die schleichende Verschmutzung im Normalbetrieb muss konsequent bekämpft werden. Notfallpläne für Ölverschmutzungen sind zu überprüfen und anzupassen.

Ölkonzerne müssen zum Umdenken gezwungen werden

Wie sehr die Ölkonzerne zum Umdenken gezwungen werden müssen zeigt das Verhalten von BP in den letzten Wochen: Wenn die Katastrophe eintritt, setzen die Öl-Bosse auf gegenseitige Schuldzuweisungen und Ausflüchte, statt Verantwortung zu übernehmen. So geschehen bei einer Anhörung im US-Senat am 11. Mai 2010. Dort hat der Chef von BP-America auf mehrfache Nachfrage der Senatoren nach Schadenersatzzahlungen immer mit dem selbem Stehsatz geantwortet, dass „alle legitimen Ansprüche der Geschädigten bezahlt würden“. Welche Ansprüche „legitim“ und welche nicht legitim seien, darauf gab es Ausflüchte statt Antworten (Spiegel Online, 12. Mai 2010). Die Ölbesse verdienen sich mit riskanten Erdölbohrungen goldene Nasen, wenn sich jedoch zeigt, welches dreckiges Geschäft sie betreiben, stehlen sie sich aus der Verantwortung. Experten schätzen die Gesamthöhe der Kosten für die Ölkatastrophe auf viele Milliarden US-Dollar. BP wird nur einen geringen Teil davon selbst bezahlen müssen.

Wie bei Griechenland- und Eurokrise werden jene, die Mitschuld tragen kaum einen Beitrag leisten müssen, die Verantwortung wird auf die Allgemeinheit abgewälzt. Der Großteil der Schadenssumme wird – wie schon bei den zahlreichen Ölkatastrophen davor - von den Staaten getragen werden, da es lächerlich geringe Obergrenzen für die Haftung der Konzerne gibt. Diese liegt derzeit bei 75 Millionen Dollar (rund 61 Millionen Euro, Standard, 20.5.2010). Der Jahresgewinn des britischen Ölkonzerns 2008 betrug knapp 20 Mrd. Euro (Fokus, 3.2.2009). Allein im ersten Quartal 2010 hat der Ölkonzern sechs Milliarden Dollar Gewinn gemacht. Die Kosten für die Katastrophe wird BP zudem über viele Jahre verteilen. Nach der Katastrophe des Öltankers Exxon Valdez dauerten die gerichtlichen Entschädigungsverfahren zwei Jahrzehnte (OÖN, 5. Mai 2010).

Was wir Grüne auf EU-Ebene fordern ... >>

Wir Grüne fordern von der Bundesregierung eine Initiative auf EU-Ebene:

- 1. Stopp von Tiefseebohrungen:** Bohrlizenzen für Tiefen von mehr als 500 Metern dürfen nicht mehr erteilt werden; international zu verankerndes Verbot für Ölbohrungen in ökologisch sensiblen Regionen;
- 2. Volle Verantwortung:** Abschaffung der Haftungsprivilegien bei Schäden durch die Erdölförderung. Haftung der Konzerne muss nach dem Verursacherprinzip festgelegt werden;
- 3. Abschaffen der Milliarden-Subventionen** aus Steuergeldern für die Ölwirtschaft
- 4. Strengste, international verbindliche und einklagbare Umweltstandards** bei der Erdölförderung für neue - und Verlängerung von Bohrlizenzen (nur beste verfügbare Technik einsetzen, nur Technik einsetzen, die Ölaustritt über Abwasser der Plattformen verhindert);
- 5. Einrichtung eines internationalen Umweltgerichtshofs** mit Durchgriffsrecht und der Möglichkeit, Strafen zu verhängen kann.